



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

13. JAHRGANG • NR. 85

Oktober 2014

KÖLN

- 2 „Fraktion vor Ort“ Veranstaltungen der SPD-Bundestagsabgeordneten

STANDPUNKT

- 3 Vielfaltsicherung in der digitalen Medienwelt

NRW

- 5 SPD-Landesparteitag in Köln bestätigt Kraft

WAHLKREIS

- 6 Kölner Besuchergruppe in Berlin

POLITISCHE SOMMERTOUR

- 6 Begegnungen zwischen Brück und Bonn

BUNDESTAG

- 8 Wo sind sie heute? Einblicke früherer Mitglieder im Berliner Team
- 11 Entlastung der Kommunen
- 12 Mietpreisbremse auf den Weg gebracht
- 13 SPD und DGB legen Papier zu TTIP vor
- 14 Zwischenbilanz der Großen Koalition

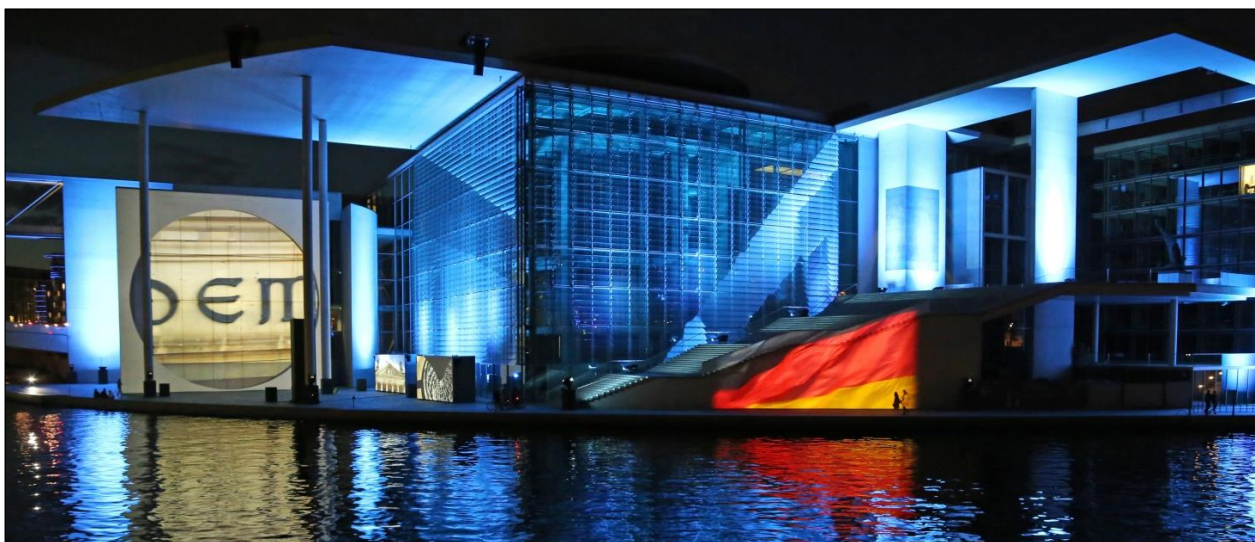
SPD

- 19 Programmprozess #DigitalLEBEN

INFOS UND IMPRESSUM

- 20 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum, Sitzungswochen 2014

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 29.9.2014



Zwischenbilanz der Großen Koalition

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Neue Verbraucherschutzpolitik für Deutschland

Vortrag und Diskussion mit:

Ulrich Kelber, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
der Justiz und für Verbraucherschutz

Montag, 27. Oktober 2014, 20:00 Uhr

Clubhaus des Kölner Ruderverein 1877 e.V.,
Barbarastraße 47-49, 50996 Köln-Rodenkirchen



Die Pflegestärkungsgesetze – Für eine gute und menschenwürdige Pflege

Vortrag und Diskussion mit:

Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Freitag, 28. November 2014, 18:00 Uhr

VHS-Saal im Bezirksrathaus Köln-Mülheim,
Wiener Platz 2a, 51065 Köln-Mülheim



Ein Jahr sozialdemokratische Außenpolitik – Probleme, Anforderungen, Lösungen

Vortrag und Diskussion mit:

Dr. Rolf Mützenich, MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Montag, 8. Dezember 2014, 19:00 Uhr

Forum der Volkshochschule Köln,
Cäcilienstr. 29-33, 50667 Köln-Innenstadt



Vielfaltsicherung in der digitalen Medienwelt

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt auf eine breite gesellschaftliche Debatte zur Reform der Medien- und Kommunikationsordnung

Beitrag von Martin Dörmann für das medienpolitische Magazin „promedia“ (Heft 10 / Oktober 2014)

Durch die Digitalisierung wachsen Informations- und Kommunikationstechnologien und damit vormals weitgehend voneinander getrennte Einzelmedien immer mehr zusammen. Ihre Inhalte verbreiten die Presseverlage inzwischen nicht nur auf Papier und die Rundfunkanstalten nicht nur linear, sondern jeweils auch im Internet, und zwar auf unterschiedlichen Endgeräten. Bei der Informationsvermittlung oder -auffindung sind neue Akteure, Internetplattformen und „Intermediäre“ hinzugekommen, von Bloggern, sozialen Netzwerken und Newsaggregatoren bis hin zu Google als übermächtige Suchmaschine. Der digitale Wandel schafft neue kreative Möglichkeiten und ökonomische Potenziale, die wir ausschöpfen sollten.

Wenn sich Kommunikationsformen, Zugangsmöglichkeiten und Finanzierungsmodelle verändern, bleibt dies nicht ohne Folgen für die rechtlichen und organisatorischen Regeln, nach denen mediale Inhalte verbreitet werden sollten. Im Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD dazu bekannt, Bemühungen der Länder zu unterstützen, die auf eine der Konvergenz angemessene Medien- und Kommunikationsordnung abzielen.

Moderne technologische Verbreitungswege, neue Aspekte wirtschaftlicher Marktmacht sowie ein sich veränderndes Mediennutzungsverhalten müssen darin zeitgemäß abgebildet werden.

Medienpolitisches Leitmotiv und gesellschaftlicher Diskussionsprozess

Für die SPD bleibt auch in der digitalen Medienwelt die Vielfaltssicherung zentrales Leitmotiv ihrer Medienpolitik. Sie zielt insbesondere darauf ab, die einseitige Verteilung von Meinungsmacht und Dominanz bei der Verbreitung von Inhalten zu verhindern und Anreize für eine vielfältige Angebotsstruktur zu schaffen, aus denen die Nutzerinnen und Nutzer möglichst selbstbestimmt auswählen können. Dabei müssen wir besonders darauf achten, dass journalistisch-redaktionell aufbereitete Inhalte finanzierbar und auffindbar bleiben. Denn auch und gerade in einer Welt der Informationsüberflutung sind sie für die politische Meinungsbildung von unverzichtbarer Bedeutung. Kurzum: die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung müssen wir auch im Bereich der Medien nutzen, dabei aber kom-



munikative Diskriminierung verhindern und Verbreitungsdominanzen begrenzen. Und die recherchierte Produktion von Inhalten muss sich auch weiterhin als Geschäftsmodell lohnen.

Mit dieser Zielsetzung will sich die SPD und ihre Bundestagsfraktion aktiv an den anstehenden Reformüberlegungen zwischen Bund und Ländern beteiligen. Wir setzen hierbei auf eine möglichst breite gesellschaftliche Debatte. Denn wie unsere Medienordnung in Zukunft aussehen wird, hat nicht nur Auswirkungen auf Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze, sondern vor allem auch darauf, wie Informationsvermittlung stattfindet und wie der demokratische Willensbildungsprozess beeinflusst wird. Es ist also eine zutiefst gesellschaftspolitische Herausforderung, vor der wir stehen.

Die SPD hat auf ihrem Parteikonvent Ende September 2014 einen Diskussionsentwurf unter dem Titel „#DigitalLEBEN“ verabschiedet und einen großangelegten Dialogprozess eingeleitet, der Ende 2015 in einer sozialdemokratischen Positionierung im Rahmen eines gesonderten Parteitages münden soll. Einen bedeutenden Raum nehmen in diesem Prozess medienpolitische Fragestellungen ein, die insbesondere von der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim Parteivorstand vertieft werden.

Flankierend hat die SPD-Bundestagsfraktion ein eigenes „Projekt Medien- und Kommunikationsordnung“ begonnen, das angesichts der Komplexität der Fragestellungen in besonderer Weise auf die Einbindung von Expertinnen und Experten setzt. In einem ersten Schritt haben wir schon vor der parlamentarischen Sommerpause eine Branchenbefragung zur Reform der Medien- und Kommunikationsordnung durchgeführt und eine Vielzahl von Verbänden, Unternehmen und Medienvertreterinnen und -vertretern angeschrieben. Anhand eines umfangreichen Katalogs von 94 Fragen, die selektiv beantwortet werden konnten, wurden zu Grundsatzfragen oder Einzelthemen Positionen und Anregungen gesammelt.

Die Resonanz war ausgesprochen positiv, gerade weil die Chance erkannt wurde, die eigenen Ziele vertieft zu reflektieren und auf den Punkt zu bringen. Wir freuen und bedanken uns sehr, dass sich so viele daran beteiligt und wertvolle Ideen beigesteuert haben. Es zeigt sich ein weitgehender Konsens darüber, dass

Veränderungen notwendig sind, wobei Schwerpunkte und konkrete Vorschläge zwangsläufig oft differieren.

Die Antworten auf über 800 Seiten werden wir nun systematisch auswerten. Sie sind eine wahre Fundgrube und sollen demnächst veröffentlicht werden. Zum Teil sind sie bereits in ein von den Ländern beauftragtes Gutachten zu Möglichkeiten der konvergenten Regulierung eingeflossen. Den Expertendialog wird die SPD-Bundestagsfraktion auf dieser Grundlage mit einer Diskussionsreihe zu Einzelthemen fortsetzen.

Die Chancen der anstehenden Bund-Länder-Gespräche nutzen

Hiermit wollen wir zugleich die geplante Bund-Länder-Kommission flankierend unterstützen, die nach heutigem Stand Anfang nächsten Jahres gebildet wird. Sie soll konkrete Vorschläge für eine Reform der Medien- und Kommunikationsordnung entwickeln. Im Fokus werden dabei wohl vor allem erforderliche Kompatibilitätsregeln und sinnvolle Anpassungen an den Schnittstellen von Medienaufsicht, Telekommunikationsrecht und Wettbewerbsrecht stehen, wie im Koalitionsvertrag ausdrücklich erwähnt.

Die so auf die Tagesordnung gesetzten Gespräche zwischen Bund und Ländern sind eine große Chance, gerade weil in der Vergangenheit unterschiedliche Kompetenzen und getrennte Diskussionsprozesse einen gemeinsamen Blick eher verstellen haben. Es muss im Kern darum gehen, wie ein neuer Ordnungsrahmen ausgestaltet werden sollte, um wünschenswerte Innovationen zu unterstützen und Medienfreiheit sowie Medienvielfalt auch in der digitalen Gesellschaft zu sichern. Neue Formen der Zusammenarbeit oder zumindest der Koordination zwischen Bund und den Ländern sind überfällig. Nicht zuletzt muss dabei auch die europäische Perspektive mit einbezogen werden - etwa im Hinblick auf die im Europäischen Parlament diskutierten Regelungsvorschläge der EU-Kommission zu Connected TV und die anstehende Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste.

Gerade angesichts neuer Internetplattformen, der zunehmenden Marktmacht weltweit agierender digitaler Konzerne und der gewachsenen Bedeutung von Intermediären wie Suchmaschinen oder sozialen Netzwerken stellen sich zahlreiche Fragen. Der Zusammenhang zwischen technologischer Infrastruktur sowie Netzpräsenz auf der einen und demokratischer Öffentlichkeit auf der anderen Seite liegt auf der Hand. Der diskriminierungsfreie Zugang zu journalistisch-redaktionellen Inhalten rückt immer stärker in den Fokus und macht sich beispielsweise an Stichworten wie Netzneutralität und Public Value fest.

Es ist sicherlich nicht zu erwarten oder notwendig, nun in allen relevanten Bereichen zu vollständigen Neujustierungen zu kommen. Die Konvergenz der Medien erfordert nicht einen komplett neuen, wohl aber einen veränderten Regulierungsrahmen. Dieser wird sich nicht alleine an technischen Übertragungswegen orientieren können. So wird beispielsweise zu prüfen sein, inwieweit aus einer veränderten medialen Wettbewerbssituation durch neue Plattformen und Anbieter im Internet Konsequenzen im Sinne eines „same level playing field“ und fairer Spielregeln im Netz gezogen werden müssen. Inwieweit eine veränderte Aufgabenteilung zwischen Bundes- und Landesgesetzgebung sinnvoll und politisch mehrheitsfähig ist, wird sich zeigen. Für Konflikte, die bislang bei der Kollision unterschiedlicher Regulierungsansätze auf den verschiedenen Ebenen entstanden sind, sollten angemessene Regelungen und neue Instrumente der besseren Abstimmung gefunden werden. Es geht also nicht nur um Kompetenzverschiebungen oder weitere Differenzierungen einzelner Rechtsbereiche, sondern vor allem um ein neu zu entwickelndes gemeinsames Verständnis einer prinzipiengeleiteten Regulierung. Von der Digitalisierung sind viele für Medien relevante Themenkomplexe betroffen, etwa Daten- und Jugendschutz, Wettbewerbs- und Medienkonzentrationsrecht, Internet-, Rundfunk- und Frequenzfragen oder auch das Urheberrecht. Es macht wenig Sinn, beispielsweise Urheber- und Wettbewerbsrecht nun plötzlich von den Ländern regeln zu lassen. Aber beide Rechtsbereiche haben Wirkung auf die Medienwelt, die insgesamt bedacht werden sollten.

Das von den Ländern ins Spiel gebrachte Ziel eines Medienstaatsvertrages, der den Bund möglicherweise mit einbindet, ist anspruchsvoll, sollte aber nicht abschrecken. Auch unterhalb einer gesetzlichen Festlegung sind Regelungen denkbar, etwa durch Verwaltungsvereinbarungen oder strukturierte Governance-Mechanismen. Bereits der begonnene Diskussionsprozess kann sehr lohnend sein. Auf diese Weise wächst, so ist zu hoffen, das gemeinsame Verständnis für die Herausforderung des digitalen Medienwandels und die Notwendigkeit, möglichst abgestimmte Lösungen zu finden.

„Konvergentes“ Denken muss selbstverständlicher als bisher in den Mittelpunkt rücken, sei es in Politik, Verwaltung oder Wirtschaft. Nicht zuletzt gilt es, in einem regulatorischen Grundkonsens überkommene Gräben zwischen Medienakteuren zu überwinden und im Interesse von Innovationsfähigkeit eine faire Balance von Freiheit und Regulierung zu finden. Dazu bietet die begonnene Diskussion um eine Reform der Medien- und Kommunikationsordnung eine gute Gelegenheit. Wir sollten sie nutzen.

SPD-Landesparteitag in Köln

Hannelore Kraft als Vorsitzende bestätigt: „Bei uns ist das WIR zu Hause“

Hannelore Kraft hat beim SPD-Landesparteitag Ende September in Köln wieder einmal für Ovationen gesorgt. Zuletzt war viel über Nichtpolitisches geredet worden. Die Landesvorsitzende nahm nun in ihrer Bewerbungsrede Stellung: „Ich lasse mich nicht verbiegen.“ Die NRWSPD wolle weiter mit Inhalten überzeugen. Und da könne NRW sich sehen lassen, auch wenn andere es schlecht reden wollen. „Wir sind Investitionsland Nummer 1“, so Kraft, die mit hervorragenden 95,2% erneut zur Landesvorsitzenden der NRWSPD gewählt wurde.



Hannelore Kraft erzielte erneut ein tolles Wahlergebnis

Auch Generalsekretär **André Stinka** und Schatzmeister **Norbert Römer** wurden mit guten Ergebnissen bestätigt. Sie erhielten 89,4% und 88,8% der Stimmen. Bei den stellvertretenden Landesvorsitzenden wiedergewählt: **Britta Altenkamp** (77,95%), **Marc Herter** (86,8%) und Kölns SPD-Vorsitzender **Jochen Ott** (73,5%).

Neu im Vorstand als Stellvertreterin ist nun **Elvan Korkmaz**. Die Ostwestfälin erhielt 90,1% der Stimmen. Weiterhin als Beisitzerin im Vorstand mit dabei ist die Kölnerin **Tine Hördum**.



Die Vorsitzende mit ihren vier Stellvertreter/innen

Inhaltlich stand das **Impulspapier des Landesvorstands** mit dem Titel „NRWSPD - Wir stärken unser Fundament!“ im Mittelpunkt. Dieses sieht unter anderem vor, sich verstärkt mit der Frage zu beschäftigen, wie auch in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger angesprochen werden, im demokratischen Miteinander Politik zu gestalten. Das Impulspapier wurde nach einer spannenden und offenen Debatte durch die Delegierten des Parteitags ohne Gegenstimmen angenommen.

→ Das Impulspapier des Landesvorstands unter:
www.nrwspd.de/db/docs/doc_56281_2014915133843.pdf



Kölner Besuchergruppe in Berlin



Auf Einladung von Martin Dörmann hatten im September wieder 50 Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die Hauptstadt unter politischen Gesichtspunkten kennen zu lernen. Auf dem Programm standen neben einem Gespräch mit dem Abgeordneten und einem Vortrag im Plenarsaal des Reichstages Besuche von historischen Ausstellungen und besonderen politischen Orten.

POLITISCHE SOMMERTOUR

Begegnungen zwischen Bauspielplatz, Brück und Bonn

Seit Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit nutzt **Martin Dörmann** traditionell die parlamentarische Sommerpause für Bürgergespräche und Besuche von Unternehmen und Einrichtungen. Nachfolgend einige beispielhafte Impressionen.

Sommerfest auf dem Bauspielplatz

Bei seinem traditionellen Sommerfest feierte der Förderverein Bauspielplatz Senkelsgraben sein 20-jähriges Jubiläum. Vorsitzende **Marion Tillmann** konnte hierbei zahlreiche Gäste begrüßen. Mit viel ehrenamtlichen Engagement wird ein einmaliges Kinder- und Jugendprojekt unterstützt, das für die „Pänz“ betreutes Spielen und viele Attraktionen bietet.



Marion Tillmann mit „ihren“ Abgeordneten

100 Jahre Köln-Brück

100 Jahre Köln-Brück: Beim Eingemeindungsfest hatten viele ehrenamtliche Helfer ein tolles Programm auf die Beine gestellt. Zusammen mit OB **Jürgen Roters** und dem Vorsitzenden der Bürgergemeinschaft **Dieter Richmann** konnte Martin Dörmann zahlreiche Stände besuchen. Bei der Freiwilligen Jugendfeuerwehr hatten die Kinder einen Riesenspaß mit dem alten Holzfahrzeug.



Mit OB Jürgen Roters beim Brücker Jubiläumsfest

SPD-Delegation am Köln-Bonn Airport



Zusammen mit drei Fraktionskollegen aus dem Verkehrsausschuss sprach **Martin Dörmann** mit den Geschäftsführern **Michael Garvens** und **Athanasios Titonis** über die wirtschaftliche Lage des Flughafens und der deutschen Luftverkehrsbranche, mögliche Bestandteile eines bundesweiten Flughafenkonzeptes, eine verbesserte Bürgerbeteiligung sowie weitere Maßnahmen zum Lärmschutz. Die vier Bundestagsabgeordneten beschäftigen sich in Berlin intensiv mit den Fragen von Luftverkehr und Logistik und stellen im Rahmen eines Dialogs mit der Geschäftsführung des Köln Bonn Airport Ihre luftverkehrspolitischen Positionen dar.

Im Anschluss besichtigte die Gruppe das Unternehmen UPS am Standort. Mit rund 2.500 Arbeitsplätzen ist das Logistikunternehmen der größte Arbeitgeber am Flughafen. Martin Dörmann zog ein positives Fazit des gemeinsamen MdB-Besuches: „Ich freue mich, dass die Flughafenleitung konzeptionell gut aufgestellt ist. Wir werden uns in Berlin für ein Flughafenkonzept einsetzen, das sowohl den Erfordernissen einer guten wirtschaftlichen Entwicklung als auch denen des notwendigen Lärmschutzes gerecht wird.“

Verleihung des Ehrenamtspreises „HelferHerzen“



Als Mitglied der Jury durfte **Martin Dörmann** die regionalen Preise der dm-Aktion „HelferHerzen“ überreichen, die vom Kinderschutzbund, dem NABU und der UNESCO-Kommission unterstützt wird. Tolle Initiativen aus seinem Wahlkreis wurden ausgewählt und mit 1.000 Euro sowie einer Skulptur belohnt: die Hospizarbeit in Porz, der Kalker Kindermittagstisch, die Schüleraktion „Spende dein Pfand“, das Repair-Café Porz, die Hilfe des Jugendtreffs Vingst für Migrantenkinder sowie der Bau eines Kinderspielplatzes durch die KG „Urbacher Räuber“.

Besuche zu Kultur und Medien in Bonn

Zu seinen politischen Schwerpunktthemen Kultur, Medien und digitale Infrastruktur hatte **Martin Dörmann** spannende Termine in Bonn, etwa bei der Deutschen Welle, der Post und der Telekom. Im Gespräch mit OB **Jürgen Nimptsch**, dem Kulturdezernenten **Martin Schumacher** und meinem Fraktionskollegen **Uli Kelber** ging es um die Beteiligung des Bundes am neuen Festspielhaus und dem großen Beethoven-Jubiläumsjahr 2020. Und bei seinem Liebingsender Phoenix zeigte ihm Programmgeschäftsführer **Michael Hirz** die Sendestudios (siehe Foto). **Martin Dörmann** setzt sich dafür ein, die finanziellen Spielräume für den Ereignis- und Dokumentationskanal zu stärken.



Einblicke früherer Mitglieder im Berliner Team von Martin Dörmann

In den vergangenen 12 Jahren gab es mit **Stefan Stader** eine große Konstante im Berliner Abgeordnetenbüro von **Martin Dörmann**. Er ist von Anfang an sein Büroleiter. Als Wissenschaftlicher Mitarbeiter ist seit Juli 2011 **Dr. Matthias Dahlke** dabei. Andere Mitglieder im Büroteam wechselten im Laufe der Zeit. Etwa, weil sie nach bestandenen Uni-Examen ihren eigentlichen Berufsstart hinlegten oder von Teilzeit in eine Vollzeitstelle wechselten. Bei einigen haben wir nachgefragt, wie es ihnen in der Zwischenzeit ergangen ist und wo sie heute arbeiten. Martin Dörmann: „Ich bin heute noch sehr dankbar für die tolle Zusammenarbeit im Team! Zugleich freue ich mich sehr, dass alle ihren Weg gemacht haben und wir uns immer wieder mal in Berlin treffen.“

Chloé Frenzel (2002 – 2006)

Landesvertretung NRW in Berlin

Ich war die erste Kollegin von Stefan Stader im Berliner Abgeordnetenbüro von Martin Dörmann, als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Vorbereitung der Ausschüsse zuständig. Damals saßen wir noch Unter den Linden 50 und kriegten nach der Bundestagswahl 2005 prominente Nachbarschaft (Gerhard Schröder). Am Anfang stand Europa auf der Tagesordnung, dazu kam die Verbraucherpolitik (da sie im gleichen Ausschuss wie die Landwirtschaft war, habe ich über Legehennen und Zuchtschweine viel erfahren und durfte auch mit Martin und Stefan an der Grünen Woche teilnehmen!).



In seiner zweiten Legislaturperiode wechselte Martin zum Wirtschaftsausschuss – Schwerpunkt Telekommunikation. Da ich parallel in einem anderen Abgeordnetenbüro arbeitete, wurde es mir in der Dauer zu viel und als Angelica Schwall-Düren MdB mir anbot, bei ihr Vollzeit zu arbeiten, musste ich das Team von Martin Dörmann verlassen. Es ist mir schwer gefallen, vor allem weil Martin derjenige ist, der mir meine erste Chance als Französin im Bundestag gegeben hat. Und deswegen verdanke ich ihm viel!

Nach 3 Jahren ist Angelica Schwall-Düren Ministerin in NRW geworden, so dass wir ihr Abgeordnetenbüro abwickeln mussten und meine berufliche Laufbahn im Bundestag abgebrochen wurde (auch kein einfacher Abschied). Ich habe aber einen wunderbaren Anschluss in der NRW-Landesvertretung beim Bund gefunden, wo ich, nach einem ersten Jahr im Referat Internationale Beziehungen, nun für das Ressort „Innovation, Wissenschaft und Forschung“ zuständig bin. Ich bin eine Art Bindeglied zwischen dem Ministerium von Svenja Schulze in Düsseldorf und

den Bundesbehörden Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Und da ich neuerdings auch das Thema „Medien“ für die Staatskanzlei betreue, habe ich wieder mit Martin Dörmann und seinem Team zu tun. So schließt sich also der Kreis!

Ulrike Mühlenberg (2004 – 2005)

Deutsche Post DHL in Bonn

Mein Jahr als studentische Mitarbeiterin im Büro von Martin Dörmann war – was ich damals noch nicht ahnte – eine erste Vorbereitung auf meine zukünftige Heimat. Bis dahin waren für mich als gebürtige Berlinerin Begriffe wie „schäl Sick“ oder „Pänz“ absolute Fremdworte, auch den Karneval hatte ich bislang eher aus der Distanz betrachtet. Davon kann mittlerweile keine Rede mehr sein: seit April 2009 bin ich assimilierte Rheinländerin, textsicher bei sehr vielen Karnevalsliedern, wohne (in Bonn) nicht auf der „schäl Sick“ und habe spätestens seit der Geburt meiner Tochter im April vergangenen Jahres viel mit Pänz zu tun...

Dass das Rheinland mal eine solch große Rolle in meinem Leben spielen sollte, wusste ich im März 2004 wie gesagt nicht, ich kam frisch von meinem Auslandsaufenthalt aus Polen zurück und merkte während des Schreibens an meiner Diplomarbeit, dass mir eine berufliche Abwechslung nebenher gut tun würde. Das Angebot von Martin, sein Büro zu unterstützen kam da gerade recht. Also schrieb ich in den kommenden Monaten nicht nur meine Diplomarbeit, sondern auch diverse Artikel für die „Berlin Depeche“ bereite Ausschussunterlagen für Martin vor und organisierte Besuche von Kölnern im Bundestag. Die Arbeit im Bundestag kannte ich schon – ich hatte vor dem Auslandsaufenthalt knappe 4 Jahre bei einer bayerischen Abgeordneten gearbeitet – und das Büro Dörmann war so gut organisiert, dass ich mich von Anfang an wohlfühlte und



auf sehr positive erste Eindrücke von Rheinländern und NRWlern insgesamt zurückblicken kann. Dem Bundesland NRW bin ich seitdem treu geblieben: nach Abschluss meines Studiums ging ich im April 2005 als Büroleiterin in das Büro des damaligen Wirtschaftsausschussvorsitzenden Rainer Wend. Etwas ungeplant verschaffte mir dann der Bundestagswahlkampf erste praktische Erfahrungen mit dem Leben in NRW – genauer gesagt in Bielefeld. Als Rainer Wend sich 2009 entschied, nicht mehr für den Bundestag zu kandidieren, sondern in die Wirtschaft, zur Deutschen Post zu wechseln, habe ich eine Weile gezögert, bevor ich das Angebot, ihn dorthin zu begleiten, angenommen habe. Als Berliner verlässt man seine Stadt nicht so einfach und viele meiner Freunde aus dem politischen Umfeld waren in den letzten Jahren von Bonn nach Berlin gezogen – da fühlte sich der umgekehrte Schritt zunächst seltsam an.

Ob es auch daran lag, dass ich einen Teil des Rheinlands aus der Zeit in Martins Büro kannte? Das weiß ich nicht, aber ich habe die Entscheidung nach Bonn zu gehen nicht bereut. Seit mehr als 5 Jahren arbeite ich nun für die Deutsche Post DHL – mit allen Vor- und Nachteilen die die Arbeit in einem Großkonzern mit sich bringt. Einer der größten Vorteile meiner derzeitigen Funktion als Referentin im Bereich Politik und Regulierungsmanagement ist übrigens, dass es zu meiner beruflichen Aufgabe gehört, Kontakt zur Berliner Politikszene zu halten, inkl. regelmäßiger Besuche meiner alten Heimat – bei denen ich auch Martin Dörmann und Stefan Stader immer mal wieder begegne und mich sehr gerne an die gemeinsame Zeit erinnere! Für die nächsten Monate wird sich die Zahl dieser Besuche aber erst mal deutlich verringern: Inzwischen habe ich mein zweites Kind bekommen und nehme wie schon bei meiner ersten Tochter eine sechsmonatige berufliche Auszeit.

Marc Drögemöller (2006 – 2011)

Geschäftsführer im Netzwerk Berlin

Westfalen und Rheinländer leben schon seit einigen Jahrzehnten friedlich zusammen. Bedenken gab es also keine, als ich im Oktober 2006 meine Stelle bei Martin Dörmann antrat. Ein gebürtiger Westfale wie ich im Büro eines Kölner Bundestagsabgeordneten, das passte gut zusammen. Denn entgegen landläufiger Meinung gehen wir Westfalen nicht zum Lachen in den Keller.

Was kann man sich mehr wünschen? Spaß bei der täglichen Arbeit und zugleich ein spannendes Aufgabenfeld im unmittelbaren Zentrum der deutschen Politik – das Büro Dörmann hat mir beides geboten. Die Herausforderung, sich in neue Themen wie die Informations- und Telekommunikationspolitik einzuarbeiten, war nun mein täglich Brot. Die Vielseitigkeit der Materie und das Studium unterschiedlicher Akteure und ihrer Interessen verschmolz zu dem, was sich viele politisch Interessierte wünschen: Politik aus nächster Nähe zu erleben und den Abgeordneten bei seiner parlamentarischen Arbeit zu unterstützen. Bei Martin Dörmann war ich an der richtigen Stelle. Er hat mich in seine Vorstellungen einbezogen und interessierte sich für meine Sicht auf die Dinge.

Daneben spürt man in einem solchen Umfeld, wie herrlich

konkret Politik sein kann. Die Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, der Einblick in unterschiedliche Lebenswelten mit Sorgen, Nöten aber auch Wünschen und Hoffnungen empfand ich als sehr bereichernd. Hieraus sozialdemokratische Politik abzuleiten und immer wieder neu auf den Prüfstand zu stellen, ist die entscheidende Aufgabe.

Dies ist auch Kernanliegen des Netzwerk Berlin: Nicht stehen zu bleiben, sondern immer wieder neu zu fragen, wie das Leben der Menschen verbessert werden kann. Das Netzwerk zählt mit über 50 Mitgliedern zu einer der drei Gruppen in der SPD-Bundestagsfraktion. Generationengerechtigkeit, der Umbau der sozialen Sicherungssysteme aber auch Transparenz im politischen System und Modernisierung des Parlamentarismus bilden u.a. die politischen Themenfelder dieser reformorientierten Gruppe. Seit Sommer 2011 bin ich Geschäftsführer des Netzwerk Berlin und habe nicht mehr einen Chef, sondern ganze viele Chefinnen und Chefs. Das macht meine Arbeit sehr spannend und abwechslungsreich. Auch Martin Dörmann ist Mitglied des Netzwerk. Die spannende Zusammenarbeit mit ihm und dem Team war eine ideale Vorbereitung auf meine jetzige Tätigkeit. Über diesen Weg bleiben wir unmittelbar verbunden.



Marc Drögemöller, Stefan Stader und Sabine Schmidt

Sabine Schmidt (2007 – 2009)

Juristin im Verband

Als ich im Frühjahr 2007 meine Arbeit bei Martin Dörmann aufnahm, hatte ich bereits ein paar Jahre Berufserfahrungen, insbesondere in anderen Büros von SPD-Bundestagsabgeordneten, beim SPD-Parteivorstand, bei der EU-Kommission in Brüssel und bei einer Beratungsgesellschaft gesammelt. Nach der Geburt meiner ersten Tochter wollte ich gern in Teilzeit arbeiten und zu meinem Glück suchte Martin Dörmann damals nach einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin in Teilzeit.

So wie Martin Dörmann bin auch ich sogenannte Volljuristin und im Rahmen meiner Arbeit konnte ich mich auch immer wieder mit der ein oder anderen juristischen Fragestellung befassen. Besonders gern besuchte ich damals zusammen mit Martin Dörmann oder auch in seiner Vertretung die „Arbeitsgruppe Energie“, deren Mitglied Martin Dörmann zu dieser Zeit war. Von Klimafolgenabschätzung über Fragen der Effizienz und dem Aufbau des Strommarktes wurden dort viele spannende und zukunftsrelevante

Themen behandelt.

Gern wäre ich auch nach meinem Ausscheiden aus dem Büro von Martin Dörmann weiter mit diesen Themen befasst gewesen. Nach einem Abstecher in das Bundestagsbüro von Dietmar Nietan nach der Bundestagswahl 2009 trat ich allerdings eine Anstellung bei einem Wirtschaftsverband an, für den energiepolitische Themen keine Rolle spielen. Ich habe mich daran gewöhnt, mit sehr unterschiedlichen Reaktionen zu rechnen, wenn ich mich als „politische Referentin“ des „Bundesverbandes der Deutschen Inkassounternehmen“ vorstelle, da „Inkasso“ bei vielen zunächst unschöne Assoziationen hervorruft. Meine Arbeit für den Verband macht mir aber Spaß. Hier kommt es sowohl auf meine juristische Expertise als auch auf meine Erfahrungen aus meiner Arbeit unter anderem im Bundestag an. Meine Arbeit besteht zum Beispiel darin, Gesetzesvorhaben zu bewerten, Stellungnahmen hierzu zu verfassen und die Mitgliedsunternehmen zu informieren. Die über 550 Mitgliedsunternehmen unseres Verbandes sind zum Teil kleine Unternehmen, aber zum Teil haben sie auch mehrere hundert Mitarbeiter/innen und haben mit Rechtsfragen zum Zivil-, Zivilprozess und Insolvenzrecht zu tun oder auch mit Fragen des Datenschutzes. Ab und zu führe ich auch Gespräche mit Vertretern von Verbraucherschutzorganisationen oder Schuldnerberatungen. Unser gemeinsames Ziel ist es, gegen unseriöse Inkassounternehmen vorzugehen.

Auch meine Arbeit bei Martin Dörmann habe ich als abwechslungsreich empfunden. Ich habe gern im Deutschen Bundestag gearbeitet und freue mich, dass ich immer noch manchmal Martin Dörmann begegne und Gelegenheiten habe, meine ehemaligen Kollegen Stefan Stader und Marc Drögemöller wiederzusehen, mit denen ich sehr gern zusammengearbeitet habe.

Jens Zimmer (2010 – 2011)

Anwalt für Medien- und Urheberrecht

Die Gelegenheit, für einen Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu arbeiten und das Parlament aus nächster Nähe kennenzulernen, bot sich mir sehr überraschend und ungeplant. Im Frühjahr 2010 hatte sich die Enquete-Kommission „Internet- und digitale Gesellschaft“ konstituiert, um einmal ganz grundsätzlich über die Herausforderungen zu beraten, die das Internet und die Digitalisierung mit sich bringen. Martin Dörmann als medienpolitischer Sprecher der SPD war zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden und benötigte kurzfristig einen Referenten. Ich hatte mich bereits im Jura-Studium intensiv mit Urheberrecht, Informationstechnologie- und Telekommunikationsrecht beschäftigt, so dass, als ein Bekannter spontan den Kontakt zu Martin Dörmann herstellte, wir uns eine Zusammenarbeit sofort gut vorstellen konnten. Und so nahm ich gerade eine Woche nach dem ersten Kennenlernen an einer Anhörung des Justizministeriums zur Novellierung des Urheberrechtsgesetzes teil. Auch von den Bürokollegen - Stefan Stader als Büroleiter, Dr. Marc Drögemöller als Referent für Wirtschaft und Technologie und Anja Möbus als studentische Mitarbeiterin - wurde ich sehr freundlich aufgenommen. Die Zusammenarbeit mit

ihnen, aber auch mit den Kollegen aus anderen Abgeordnetenbüros und den Fraktionsreferenten, habe ich als echtes Highlight erlebt. Die Motivation, sich politisch zu engagieren, machte die Zusammenarbeit zu etwas sehr Besonderem und verbindet aus meiner Erfahrung auch über Parteigrenzen. Als nach gut einem Jahr die Positionspapiere zur Netzneutralität und zum Urheberrecht zur Verabschiedung anstanden, konnten wir auf interessante und auch spannende Diskussionen zurückblicken. Damit war klar, dass auch meine Aufgabe bei Martin Dörmann zu einem Ende kommen würde. Zwischenzeitlich hatte ich die Zulassung bei der Rechtsanwaltskammer erhalten und nahm daher meinen ursprünglichen Plan wieder auf, als Rechtsanwalt zu arbeiten.



Heute bin ich in einer auf das Urheber- und Medienrecht spezialisierten Kanzlei in Berlin tätig und habe häufig mit den Themen zu tun, über die wir uns in der Enquete-Kommission Gedanken gemacht haben, nur eben nicht unter dem gesetzgeberischen Aspekt, sondern in der pragmatischen Anwendung der Gesetze im Alltag. Meine Mandanten sind überwiegend kleine und mittelständische Unternehmen und Einzelpersonen, die im Internet oder durch das Internet ihr Geld verdienen. Viele Themen der Enquete-Kommission, z. B. Arbeitsbedingungen in der digitalen Welt, Datensicherheit, Schutz kreativer Leistungen, sind für meine Mandanten von großer Bedeutung. Meine Erfahrungen aus dem Bundestag sind mir bei der Beratung sehr hilfreich. Die persönliche Verbundenheit zu Martin Dörmann und den früheren Kollegen besteht bis heute, ob zum Feierabendbier oder Fußballgucken, wir freuen uns immer über ein Wiedersehen!

Marcel Roethig (2011 – 2012)

Für die FES in Moskau

Die Zeit im Büro von Martin war für mich wohl eine der lehrreichsten und letztlich schönsten Phasen überhaupt. Gerne erinnere ich mich zurück. Gleich am ersten Tag nach meiner Rückkehr von einem sechsmonatigen Ukraine-Aufenthalt hatte ich meinen ersten Arbeitstag im Büro Dörmann. Eine ziemliche Umstellung, war ich doch chaotische Verhältnisse, viel Reisetätigkeit und jedwede politische Unordnung aus dem uns inzwischen so bekannten Krisenland gewohnt. Im Büro von Martin traf ich im Gegenteil auf viel Stabilität und Ordnung. Alles hatte seinen Platz, jeder

Punkt und jedes Komma ergab einen Sinn. Man konnte sich auf Absprachen verlassen und jede Minute des Tages war bereits frühzeitig und gründlich geplant. Im Nachhinein betrachtet eine sehr angenehme Art zu arbeiten. Neben Martin erinnere ich mich vor allem an meine Kollegen Stefan Stader und Matthias Dahlke und ihren besonders positiven Einfluss auf unsere Arbeit. Gerade in einer Zeit, als ich meine Diplomarbeit verfasste und danach vor einer großen Neuorientierung stand, war ich froh, stets einen guten Ratschlag von beiden zu bekommen. Und eine gute Komponente Menschlichkeit für jeden Tag, die leider sonst in vielen Berufen zu kurz kommt.

Zum Januar 2013 gab es von der Friedrich-Ebert-Stiftung das Angebot, ein Traineeship zu absolvieren um anschließend die Möglichkeit zu erhalten, Auslandsmitarbeiter der Stiftung zu werden. Schweren Herzens habe ich das Büro verlassen, um meinen Lebensraum erfüllen zu können. Zum April 2014 hat die Stiftung mich dann nach kurzer Vorbereitungszeit nach Moskau entsendet. Hier heißt es nun politische Arbeit in schwerster Krisenzeit und einer Phase internationaler Aufruhr, die den Alltag bestimmt. Umso mehr bin ich froh, wieder an meine Ukraine-Erfahrung anknüpfen zu können. Die Abläufe sind komplett anders als die im Bundestag; Tagesabläufe noch schwieriger zu koordinieren, spontane Reisen in diesem Riesenland müssen teilweise kurzfristig gemanaged werden. Und das diplomatische Parkett ist auch bei guter russischer Sprachkenntnis

verdammt glatt. Noch dazu ist Moskau alles andere als vergleichbar zum beschaulichen Leben in Berlin. Und der Bundestag doch irgendwie viel freundlicher als die Duma...

Ich bin sehr dankbar für die Chance, für Martin Dörmann gearbeitet zu haben. Viele Dinge, die ich damals gelernt habe, vor allem Gründlichkeit, Akribie und Planung helfen mir heute ungemein weiter. Doch am allerwichtigsten ist, dass man sich selbst nicht zu ernst nimmt um nicht im Stress zu versinken. Das ist vielleicht das wichtigste, was man im Leben von einem Kölner lernen kann.



Kommunen entlasten – Kita-Ausbau voranbringen

Eine Milliarde Euro für Städte und Gemeinden

In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD und Union vereinbart, die Kommunen stärker finanziell zu entlasten, um ihre Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Zudem soll der Ausbau der Kinderbetreuung für Unterdreijährige quantitativ und qualitativ forciert werden. Dadurch sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die frühkindliche Bildung weiter vorangebracht werden. Auch hierbei werden Länder und Kommunen entlastet, indem der Bund sein finanzielles Engagement noch einmal verstärkt.

Dazu hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung (Drs. 18/2586) am 26. September 2014 in 1. Lesung beraten.

Mit der vollständigen Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung leistet der Bund bereits einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzen. Im Zeitraum von 2012 bis 2017 werden es voraussichtlich 25 Milliarden Euro sein. Außerdem hat die Koalition beschlossen, ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) zu erarbeiten. In diesem Rahmen ist vorgesehen, dass der Bund Länder und Kommunen jährlich um 5 Milliarden Euro bei der Eingliederungshilfe entlastet, welche die ge-

sellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung fördert. Im Vorgriff darauf wird der Bund die Kommunen bereits in den Jahren 2015 bis 2017 um 1 Milliarde Euro pro Jahr entlasten. Dazu übernimmt der Bund einen größeren Anteil in Höhe von 500 Millionen Euro bei den Kosten der Unterkunft und Heizung für Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II). Davon werden genau die strukturschwachen Kommunen mit besonders vielen ALG II-Empfängern profitieren. Das ist ein dringendes Anliegen der SPD-Fraktion.

Zudem soll der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer um 500 Millionen Euro steigen. Dies soll durch den Gesetzentwurf geregelt werden. Wenn das Bundesteilhabegesetz rechtzeitig verabschiedet wird, strebt die SPD-Fraktion eine höhere Entlastung als 1 Milliarde Euro bereits im Jahr 2017 an.

Die Große Koalition hat beschlossen, die Länder und Kommunen auch bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen zu unterstützen. Deshalb wird der Bund in dieser Wahlperiode die Länder um 6 Milliarden Euro entlasten. Ein Teil dessen wird durch den Gesetzentwurf festgelegt. Der Bund wird das seit 2007 bestehende Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“ um 550 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro aufstocken. Dadurch wird ein drittes Investitionsprogramm von 2015 bis 2018 für den Kita-Ausbau ermöglicht.

2017 und 2018 verzichtet der Bund zudem zugunsten der Länder jährlich auf 100 Millionen Euro aus der Umsatzsteuer. Damit erhöht der Bund seine Beteiligung an den Betriebskosten der Kinderbetreuung, das soll u. a. der Sprachförderung zugutekommen.

Im Rahmen des Kita-Ausbaus sind Investitionsmaßnahmen förderfähig, die seit April 2014 begonnen wurden und neue Betreuungsplätze schaffen sowie Plätze erhalten, die ohne Erhaltungsmaßnahmen verlorengehen würden. Des Weiteren sollen insbesondere Maßnahmen unterstützt werden, die der gesundheitlichen Versorgung, der Inklusion von Kindern mit Behinderung und der ganztägigen Betreuung dienen. Dazu gehört z. B. die Einrichtung von Küchen und Verpflegungsräumen.

Die Regierung will zudem sicherstellen, dass die neuen Bundesmittel zusätzlich zu den Ausbauleistungen auf Landes- und auf kommunaler Ebene eingesetzt werden können. Die Länder sollen zum 1. März 2017 einen Zwischenbericht über die im Land jeweils erreichte Zahl von Kita-Plätzen für Kinder unter drei Jahren vorlegen.

Zum Stichtag 1. März 2014 wurden bundesweit 660.750 Kinder unter drei Jahren in einer Krippe, Kita

sowie von Tagesmüttern oder Tagesvätern betreut. Das sind 64.461 Kinder mehr als 2013.

Seit 1. August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf die Betreuung ihrer Kinder ab dem 12. Lebensmonat. Diesen hatte die SPD-Fraktion 2008 in der damaligen Großen Koalition durchgesetzt. Mit dem Tagesbetreuungsausbau-Gesetz (TAG) hatten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten drei Jahre zuvor in der rot-grünen Koalition den Startschuss für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gegeben.

Durch die beiden Investitionsprogramme für den Kita-Ausbau von 2008 bis 2014 sind insgesamt 233.000 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen worden. Mit der im Gesetzentwurf vorgesehenen Aufstockung des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ sollen zusätzlich zu den bisher zugesagten 780.000 Betreuungsplätzen weitere 30.000 Plätze geschaffen werden.

Bei dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung soll vor allem eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung erreicht werden. Sie stärkt die frühkindliche Bildung und hilft, Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bekommen.

Verbraucherschutz

Mietpreisbremse und Bestellerprinzip bei Maklern auf den Weg gebracht

SPD- und Unionsfraktion haben sich über die Mietpreisbremse geeinigt. Damit werden Mietsteigerungen künftig wirksam begrenzt, gleichzeitig bleiben dringend erforderliche Investitionen für Neubauten möglich. Zudem gibt es Änderungen im Maklerrecht.

Derzeit gibt es in Ballungszentren wie etwa Universitätsstädten bei Neuvermietungen zum Teil Mietererhöhungen von bis zu 40 Prozent. Das können sich viele Mieterinnen und Mieter nicht leisten, und sind gezwungen, in Randgebiete zu ziehen. Deshalb beschränkt die Mietpreisbremse künftig Mietsteigerungen in Gegenden mit einem angespannten Wohnungsmarkt auf maximal zehn Prozent gegenüber den ortsüblichen Vergleichsmieten. So wird in den von den Ländern ausgewiesenen Gebieten exzessiven Mietsteigerungen bei neuen Mietverträgen entgegengewirkt.

Um neben einem verbesserten Mieterschutz gleichzeitig Investitionen in den notwendigen Neubau sicherzustellen, sind Neubauten und umfassend modernisierte Wohnungen von der Mietpreisbremse ausgenommen. Denn es wäre fatal, wenn mit solchen Regulierungen der Wohnungsbau zum Erliegen

gebracht würde. Wohnungsknappheit führt zu Mietsteigerungen, ein höheres Wohnungsangebot wiederum bedeutet einen effektiven Mieterschutz.

„Mit der Mietpreisbremse setzen wir einen für uns zentralen Punkt des Koalitionsvertrages um“, so **Eva Högl**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Auch für jede Staffel eines Staffelmietvertrages gelte die Mietpreisbremse – wie im Entwurf von Justizminister Heiko Maas (SPD) vorgesehen. „Damit werden Staffelmieten als Umgehungsmöglichkeit der Mietpreisbremse ausgeschlossen.“

Sören Bartol, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für Bau und Wohnen: „Bisher gibt es bei neu abgeschlossenen Mietverträgen keine Grenze nach oben, Mietsteigerungen von 30 oder 40 Prozent sind keine Seltenheit – ohne jede Verbesserung am Wohnwert. Solchen exzessiven Mietsteigerungen schieben wir einen Riegel vor.“

Mit dem Bestellerprinzip im Maklerrecht konnte die SPD-Fraktion ein weiteres zentrales Vorhaben durchsetzen. In Zukunft gilt: Wer einen Makler beauftragt, muss auch die Kosten dafür übernehmen – also in der Regel der Vermieter. Ein Großteil der Mieterinnen und Mieter wird so von den zusätzlichen Kosten für die Makler-Courtage entlastet.

Ein transatlantisches Freihandelsabkommen muss den Bürgern nutzen

Ein transatlantisches Freihandelsabkommen bietet die Chance auf mehr Wohlstand für die Menschen in der EU und viele neue Arbeitsplätze. Zugleich existiert aber auch die Sorge, dass europäische Standards abgesenkt werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und das Bundeswirtschaftsministerium haben ein Positionspapier publiziert, das gemeinsame Ziele formuliert.

Die EU verhandelt gegenwärtig mit den USA über ein Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP). Für die EU führt die EU-Kommission die Verhandlungen, die Positionen werden im so genannten Handelspolitischen Ausschuss von den EU-Mitgliedstaaten entwickelt. Für Deutschland sitzt in dem Ausschuss das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi).

Weil das Abkommen und die zumeist geheimen Verhandlungen Unsicherheiten bei den Bürgerinnen und Bürgern schüren, ist es für die SPD-Fraktion von großer Bedeutung, sich für den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Verbraucherschutz- und Umweltrechten einzusetzen. Auch das Urheberrecht soll geschützt werden.

SPD-Fraktionsvize **Hubertus Heil** sagt: „Barrieren wie Zölle und andere Handelshemmnisse sollen fallen – Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutzstandards hingegen nicht!“ Auch die SPD-Fraktion werde „Anforderungen an ein Handelsabkommen aufstellen, um gestaltend in die Verhandlungen einzugreifen“.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) beschäftigt sich aus Arbeitnehmersicht mit den Verhandlungen zu TTIP; gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium hat der DGB ein Positionspapier veröffentlicht, in dem die Ziele von DGB und BMWi festgehalten sind.

Für den DGB ebenso wie für das BMWi bietet das Abkommen die Chance, die Handelsbeziehungen fairer und nachhaltiger zu gestalten. Wörtlich heißt es: „Es geht darum, zusätzlichen Wohlstand tatsächlich breiten Bevölkerungsschichten zukommen zu lassen, wirtschaftliche, soziale und ökologische Standards zu verbessern sowie faire Wettbewerbs- und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.“

- Beiden Seiten ist aber sehr wichtig, dass Geheimhaltungsvorschriften nicht eine öffentliche Debatte verhindern. Die Zivilgesellschaft müsse berücksichtigt werden.
- Wenn künftig Zölle eingespart werden, muss der Einnahmeverlust der EU ausgeglichen werden.
- Das Abkommen kann optimale Rahmenbedingungen für Innovationen schaffen, gegenseitige Anerkennung von Zulassungsverfahren dürfen aber kein Absinken des Schutzniveaus zur Folge haben. Darüber muss weiterhin das Parlament entscheiden.

- Für die Gewerkschaften ist es ein Kernanliegen, die ILO Kernarbeitsnormen und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen weiterhin einzuhalten. Das soll auch international überwacht werden.
- Grundsätzlich, heißt es in dem Papier, muss „die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt sein, wie die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens“.
- In keinem Fall dürften Rechte der Mitbestimmung, der Betriebsverfassung und der Tarifautonomie oder andere Schutzrechte der Arbeitnehmer als „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ interpretiert werden. Nationale Regulierungen bzgl. des Arbeitsmarktes, Streikrechts, Tarifverträgen müssen von einem Abkommen unberührt bleiben.
- Es ist prinzipiell wichtig, dass das demokratische Recht, Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen zu schaffen, nicht ausgehebelt werden kann, schon gar nicht durch einen Regulierungsrat oder durch weitgehende Investitionsschutzvorschriften. Solche Schutzvorschriften sind ohnehin nicht erforderlich. Deshalb sind auch Investor-Staat-Schiedsverfahren abzulehnen.
- Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU muss gewahrt bleiben.
- Audiovisuelle Dienstleistungen sind dauerhaft vom Anwendungsbereich des Abkommens auszunehmen.
- Eine Regulierung der Finanzmärkte ist weiterhin vonnöten. Auch darauf soll das Abkommen eingehen.
- Bei der öffentlichen Vergabe und Beschaffung dürfen soziale und ökologische Vergabekriterien nicht infrage gestellt werden.
- Schließlich heißt es in dem Papier: „Ein Abkommen sollte eine Klausel enthalten, die eine Korrektur von unerwünschten Fehlentwicklungen ermöglicht.“
- Auch Zeitdruck soll keine Rolle spielen. Die Verhandlungen sollen transparent und unter Einbezug der nationalen Parlamente stattfinden.

Grundsätzlich gilt: Das Abkommen steht unter dem Zustimmungsvorbehalt des EU-Parlaments, des EU-Rates und auch unter dem Zustimmungsvorbehalt der 28 nationalen Ratifizierungsprozesse. Im Papier heißt es: „Das zeigt: Ein TTIP, das die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigt, darf und wird es nicht geben.“

→ Das Papier ist zu finden unter:

www.spd.de/linkableblob/123688/data/20140919_ttip_anforderungen_bmw_i_dgb.pdf

Zwischenbilanz der Großen Koalition

„Gesagt, getan, gerecht!“

In gerade einmal einem guten halben Jahr nach Abschluss des Koalitionsvertrages hat die SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition bereits eine Vielzahl von Neuerungen auf den Weg: Kein Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde, abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, mehr Rente bei Erwerbsminderung, 9 Milliarden Euro zusätzlich für Kitas, Schulen, Hochschulen und vieles mehr. „**Gesagt, getan, gerecht!**“ war und ist das Credo der SPD. Nachfolgend möchten wir einige wichtige Themen ausführlicher beleuchten.

Arbeit Wertschätzen – Der Mindestlohn kommt

Mit dem Mindestlohn per Gesetz geben wir der Arbeit von Millionen Menschen Wert und Würde zurück. Außerdem stärken wir die Tarifbindung und sorgen dafür, dass mehr Beschäftigte von guten Tariflöhnen profitieren.

✓ **gesagt**

In den Koalitionsverhandlungen haben wir erfolgreich für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro gekämpft. Außerdem haben wir durchgesetzt, dass Tarifverträge künftig leichter auf alle Unternehmen einer Branche ausgedehnt werden können

✓ **getan**

Gesetzlicher Mindestlohn

Ab dem 1. Januar 2015 haben alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Im Übergang sind bis Ende 2016 Abweichungen möglich. Voraussetzung ist i. d. R. ein Mindestlohn-Tarifvertrag. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn flächendeckend. Danach wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig durch die Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst. Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose in den ersten 6 Monaten einer neuen Beschäftigung, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse und für bestimmte Praktika.

Gute Tariflöhne

Tarifverträge können künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber der jeweiligen Branche, die nicht Mitglied der Gewerkschaft bzw. des Verbandes sind, die den Tarifvertrag ausgehandelt haben. Das geht bislang nur, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Branchenbeschäftigten gilt. Dieses Quorum entfällt. Auch ermöglichen wir es mit der Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes künftig allen Branchen, branchenweite Mindestlöhne festzulegen.

✓ **gerecht**

Wir wollen, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Dabei ist die Einführung des Mindestlohns ein historischer Durchbruch. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten die größte Lohnerhöhung ihres bisherigen Lebens.

Der Mindestlohn macht viele Menschen unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen und setzt dem Lohndumping ein Ende: Unternehmen können sich nicht mehr gegenseitig dadurch unterbieten, dass sie ihre Arbeitskräfte menschenunwürdig bezahlen. Das stärkt die ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer, die anständige Löhne zahlen. Gleichzeitig stärken wir die Tarifbindung, damit Tarifverträge auch dort greifen, wo immer weniger Unternehmen der Tarifgemeinschaft angehören.



Lebensleistung verdient Anerkennung – Früher Abschlagsfrei in Rente gehen

Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen. Künftig können langjährig Versicherte bis zu zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Mütter (oder Väter), deren Kinder vor 1992 geboren wurden, bekommen mehr Rente. Außerdem haben wir die Erwerbsminderungsrente verbessert und das Reha-Budget erhöht.

✓ gesagt

„Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Rente auszahlen.“ So steht es im Koalitionsvertrag. Wer schon in jungen Jahren sein Arbeitsleben begonnen hat oder Kinder erzogen hat, soll in der Rente künftig besser gestellt werden. Das gilt auch für die, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können.

✓ getan

Nach 45 Jahren in Rente

Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, kann künftig schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen, zwei Jahre früher als bisher. Vorübergehende Arbeitslosigkeit, Pflegezeiten und Kindererziehung werden anerkannt. Die Grenze für die abschlagsfreie Rente steigt schrittweise auf 65 Jahre an. Um Missbrauch durch „Frühverrentung“ auszuschließen, werden Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs in der Regel in den letzten beiden Jahren nicht mehr mitgezählt.

Höhere Mütterrente

Mütter (und Väter), die vor 1992 Kinder erzogen haben, bekommen pro Kind künftig zwei Jahre Erzie-

hungszeit statt bisher einem angerechnet. Damit erhöht sich ihre monatliche Rente um bis zu 28,61 Euro pro Kind, in den neuen Ländern um bis zu 26,39 Euro.

Mehr Erwerbsminderungsrente

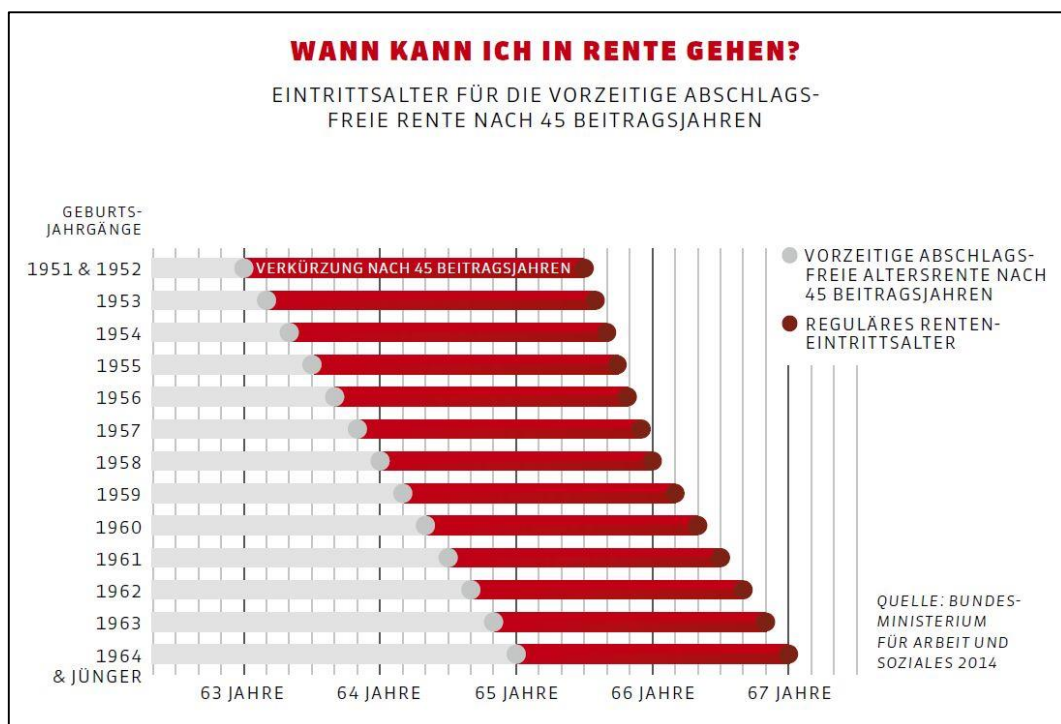
Menschen, die aus gesundheitlichen oder unfallbedingten Gründen erwerbsunfähig werden, erhalten eine höhere Erwerbsminderungsrente. Bei einem Rentenbeginn ab dem 1. Juli 2014 wird die Rente künftig so berechnet, als hätten sie bis zum 62. Lebensjahr mit dem bisherigen Durchschnittslohn gearbeitet statt nur bis zum 60. Lebensjahr.

Höheres Reha-Budget

Damit die gesetzliche Rentenversicherung ihren Versicherten helfen kann, so lange wie möglich gesund im Arbeitsleben zu stehen, bekommt sie künftig bis zu 233 Millionen Euro zusätzlich im Jahr für die medizinische und berufliche Rehabilitation.

✓ gerecht

Von der Neuregelung zur abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren profitieren unmittelbar 200.000 Menschen, von der „Mütterrente“ 9,5 Millionen. Sie haben mit Arbeit und Anstrengung die Rente der Generation vor ihnen aufgebracht, die heutigen Beitragszahler großgezogen und so zum Wohlstand unseres Landes beigetragen. Für sie sind die Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht geschenkt, sondern verdient. Gleichzeitig ist das Rentenpaket solide finanziert. Der Beitragssatz bleibt stabil. Und ab 2019 sorgt ein Steuerzuschuss dafür, künftige Beitragszahler nicht weiter zu belasten.



Die Reform des EEG – Strom muss bezahlbar bleiben

Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist der erste Schritt für einen Neustart der Energiewende: Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet künftig nach einem verlässlichen Plan voran, und der Anstieg der EEG-Umlage wird gebremst. Damit sorgen wir für bezahlbaren Strom und sichern gleichzeitig Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie.

✓ **gesagt**

Die Energiewende wird nur dann Akzeptanz finden, wenn Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet sind und industrielle Arbeitsplätze erhalten bleiben. So steht es im Koalitionsvertrag. Deshalb haben wir vereinbart, eine schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf den Weg zu bringen, um verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik zu schaffen.

✓ **getan**

Strompreis stabilisieren

Wir bauen Überförderung ab und konzentrieren die Förderung auf die besonders kostengünstigen Energieträger Wind an Land und Photovoltaik. Neue Anlagen bekommen statt 17 Cent pro Kilowattstunde künftig im Schnitt etwa 12 Cent. Bestehende Anlagen erhalten einen Bestandsschutz. Außerdem gibt es eine Mengensteuerung, damit der jährliche Zubau planbar wird. Der Ausbaupfad sieht vor, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2025 auf 40 bis 45 Prozent zu erhöhen.

Kosten gerechter verteilen

Um die Kosten der Energiewende gerechter zu verteilen, wird auch die Eigenstromerzeugung künftig an der EEG-Umlage beteiligt.

Arbeitsplätze erhalten

Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten, haben wir die Befreiungen von der EEG-Umlage für die stromintensive Industrie europarechtskonform ausgestaltet.

Investitionen in die Zukunft – Mehr Geld für Bildung

Das BAföG wird angehoben. Die Länder erhalten mehr Spielräume zur Finanzierung von Schulen und Hochschulen. Der Bund investiert in Kita- und Studienplätze sowie in Forschung und Entwicklung. Außerdem lockern wir das Kooperationsverbot im Grundgesetz.

✓ **gesagt**

Im Koalitionsvertrag haben wir zusätzliche Zukunftsinvestitionen in Kitas, Bildung und Wissenschaft in Höhe von 9 Milliarden Euro durchgesetzt. Sie sollen durch Entlastung der Länder und durch direkte Investitionen des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

Marktintegration voranbringen

Damit erneuerbare Energien besser in den Strommarkt integriert werden, sollen Betreiber größerer Neuanlagen ihren Strom künftig direkt vermarkten. Spätestens ab 2017 soll die Höhe der Förderung über Ausschreibungen bestimmt werden.



✓ **gerecht**

Mit der Energiewende hat Deutschland den Weg in das Zeitalter einer nachhaltigen, sicheren und klimafreundlichen Energieversorgung beschritten. Das EEG hat in den letzten 14 Jahren entscheidend dazu beigetragen, dass die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 25 Prozent inzwischen eine tragende Säule der Stromversorgung in Deutschland sind.

Aber gerade weil das EEG so erfolgreich war, musste es reformiert werden: Drastisch steigende Strompreise würden die Akzeptanz und die Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Die EEG-Novelle ist der erste Schritt, um die Energiewende wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Damit können die erneuerbaren Energien verlässlich wachsen und Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Industrie ihren Strom auch künftig bezahlen.

✓ **getan**

Im Frühjahr 2014 hat die Große Koalition konkrete Maßnahmen zur Bildungsfinanzierung verabredet. Die Länder erhalten mehr Mittel für Bildung und der Bund mehr Gestaltungsspielräume.

Mehr Geld für Schulen und Hochschulen

Der Bund übernimmt ab 2015 die Kosten des BAföG vollständig. Dadurch werden die Länder dauerhaft um rund 1,17 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Sie werden die freiwerdenden Mittel für Schulen und Hochschulen verwenden.

Mehr Geld für Kita- und Studienplätze

Der Bund investiert rund 750 Millionen Euro zusätzlich in Krippen und Kitas. Außerdem finanziert der Bund mit 1,3 Milliarden Euro den Hochschulpakt weiter, mit dem Studienplätze geschaffen werden. Spätestens zum Wintersemester 2016 werden wir das BAföG erhöhen. Das ist eine gute Nachricht für Studierende.

Mehr Geld für Forschung

Für eine aktive Innovationspolitik und zur Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation sowie der Exzellenzinitiative stehen 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Außerdem werden wir das Grundgesetz ändern und das Kooperationsverbot im Hochschulbereich aufheben. Damit ermöglichen wir dem Bund eine institutionelle Förderung von Universitäten und Fachhochschulen.

✓ **gerecht**

Die Maßnahmen sind ein großer Fortschritt für planbare und verlässliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft in Deutschland.

Wir verschaffen den Ländern dauerhafte Spielräume für Zukunftsinvestitionen in Bildung. Mit der BAföG-Reform und der Fortsetzung des Hochschulpaktes sorgen wir für mehr Chancengleichheit beim Hochschulzugang. Unabhängig davon wird sich die SPD-Bundestagsfraktion weiter für eine Aufhebung des Kooperationsverbots auch im Bereich der Schulpolitik einsetzen.



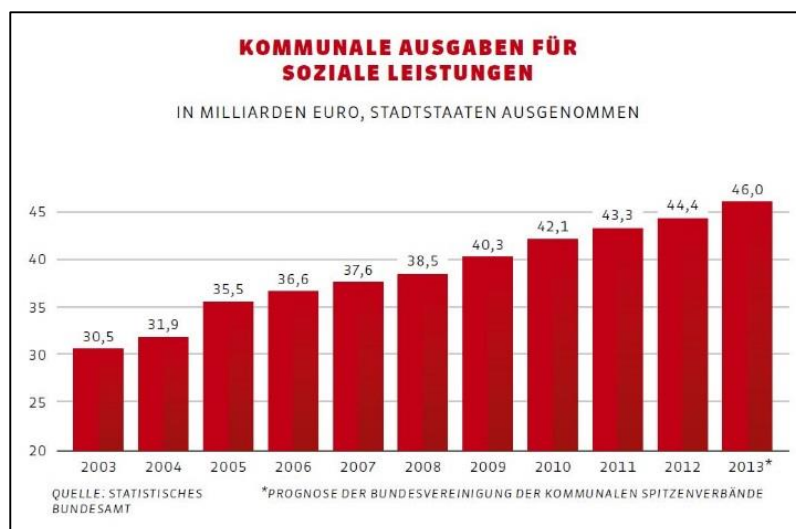
Mehr Geld für Lebensqualität vor Ort – Kommunen entlasten

Wir entlasten die Städte und Gemeinden. Denn nur handlungsfähige Kommunen können den Menschen eine gute soziale Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Bibliotheken und Schwimmbäder zur Verfügung stellen. Gleichzeitig erhöhen wir die Städtebauförderung.

✓ **getan**

Mehr Geld für Kommunen

Der Bund übernimmt ab 2014 die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig. Damit werden Städte und Gemeinden bei den Sozialausgaben um insgesamt rund 5,5 Milliarden Euro in 2014 entlastet. Ab 2015 wird der Bund die Kommunen um eine weitere Milliarde jährlich entlasten als Vorgriff auf die Beteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe. Das sind Geld- und Sachleistungen, die Menschen mit Behinderung bei der Integration in Arbeit und Gesellschaft unterstützen. Wenn das dazu nötige Bundesteilhabegesetz im Bund erarbeitet wurde, wird sich die zusätzliche jährliche Entlastung der Kommunen auf 5 Milliarden Euro belaufen.



✓ **gesagt**

Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, die Gemeinden, Städte und Landkreise finanziell zu entlasten, indem der Bund die Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung übernimmt. Außerdem haben wir verabredet, mehr Geld in die soziale Infrastruktur der Kommunen zu investieren, indem wir u.a. die Bundesmittel für die Städtebauförderung und die Kinderbetreuung erhöhen.

Mehr Geld für Städtebau

Wir haben die Städtebauförderung von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro jährlich angehoben. Besonders wichtig ist das Programm Soziale Stadt: Damit sich unsere Städte nicht in arme und reichere Stadtteile spalten, stellen wir mit dem Programm 150 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

✓ **gerecht**

Mit der finanziellen Unterstützung für unsere Städte und Gemeinden stärken wir einen zentralen Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Denn nur handlungsfähige

hige Kommunen können den Anforderungen des demografischen, sozialen und ökonomischen Wandels erfolgreich begegnen. Viele Städte und Gemeinden

kämpfen mit Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut, vernachlässigten öffentlichen Räumen und sozialen Konflikten. Diesen Kommunen helfen wir.

Integration erleichtern – Der Doppelpass kommt

Künftig müssen sich in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden. Der Optionszwang entfällt. Damit wird der Doppelpass in Deutschland für viele junge Erwachsene Realität werden.

✓ gesagt

„Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang, und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert.“ Mit diesem Satz haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt: Endlich wird der Doppelpass auch in Deutschland Realität

✓ getan

Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, werden sich künftig nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden müssen.

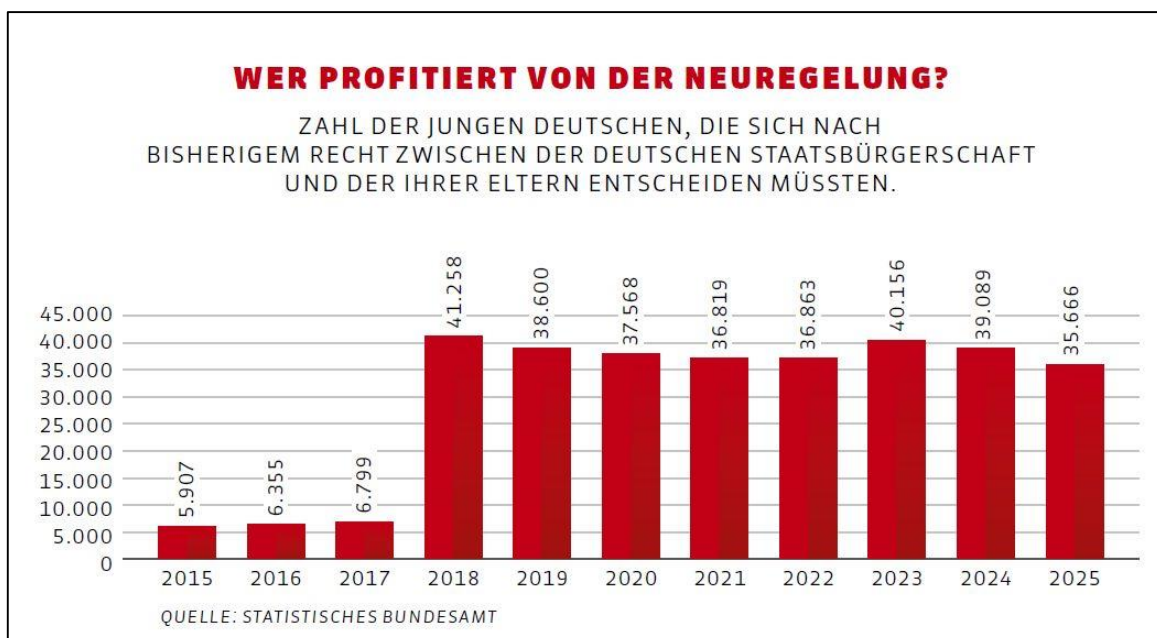
Optionspflicht entfällt

Das bisherige Recht zwingt in Deutschland geborene Kinder mit einem weiteren, ausländischen Pass mit 18 Jahren zu einer Entscheidung zwischen der deutschen und der durch Abstammung erworbenen

Staatsangehörigkeit der Eltern. Wer sich bis zum 23. Geburtstag nicht entscheidet, verliert den deutschen Pass. Betroffen sind junge Erwachsene, die ab den 1990er Jahren geboren wurden. Diese „Optionspflicht“ wird künftig für die allermeisten Betroffenen entfallen. Wer bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt hat oder sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht oder einen deutschen Schulabschluss erworben bzw. eine Ausbildung in Deutschland absolviert hat, darf künftig beide Staatsangehörigkeiten behalten.

✓ gerecht

Mit dem Doppelpass schaffen wir einen Meilenstein im Staatsbürgerschaftsrecht. Darauf warten viele Menschen in unserem Land. Denn ohne die doppelte Staatsbürgerschaft würden in den nächsten Jahren 400.000 junge Menschen zu einer schwerwiegenden Entscheidung gezwungen. Die Optionspflicht signalisiert den jungen Menschen, nicht vollständig dazugehören. Sie sind Deutsche unter Vorbehalt. Mit der Optionspflicht wird ein zentrales Integrationshemmnis entfallen. Bei vielen Betroffenen schlagen zwei Herzen in der Brust. Die Mehrheit will beide Staatsangehörigkeiten behalten. Der Doppelpass dient der Integration.



SPD startet Programmprozess #DigitalLEBEN

Parteikonvent fasste zudem Beschlüsse zu Friedenspolitik und TTIP

Auf dem SPD-Parteikonvent Ende September machte SPD-Vorsitzender **Sigmar Gabriel** klar, worüber die SPD in den kommenden Monaten intensiv diskutieren will. Es geht um die soziale und gerechte Gestaltung des digitalen Wandels, so Gabriel. Ideen von außen seien dabei willkommen.

Die SPD will darum Weichen stellen, Chancen nutzen, Risiken klein halten. Einfach abwarten, was passiert, sei keine Lösung, so Gabriel. Es geht darum, das Digitale politisch zu machen – für gesellschaftlichen Fortschritt für alle. Dafür hat die SPD auf dem Parteikonvent den Diskussions- und Programmprozess #DigitalLEBEN gestartet und eine erste inhaltliche Diskussionsgrundlage verabschiedet. Die Partei stellt die Frage: „Wie verändert das Internet unser Leben?“ Was ist uns wichtig? Dies wird die Partei in den kommenden Monaten mit Fachleuten aus Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft diskutieren.



Programmprozess gliedert sich in drei Phasen - Mitmachen auf digitalleben.spd.de

Zu diesem Zweck hat die SPD eine eigene Webseite eingerichtet: Auf digitalleben.spd.de können sich Bürgerinnen und Bürger informieren und über ein Dialogfeld, ähnlich wie beim Bürger-Dialog 2013, ihre eigenen Vorschläge einbringen und mitdiskutieren. Im Dezember 2015 soll dann auf einem Parteitag das SPD-Programm für die digitale Gesellschaft beschlossen werden.

Gebündelt werden alle Vorschläge im Programmbeirat, der sich in sieben thematische Arbeitsgruppen gliedert. Hier arbeiten insgesamt 74 Fachleute mit,

darunter mit **Martin Dörmann**, **Marc Jan Eumann** und **Valentina Kerst** gleich drei Mitglieder aus der Kölner SPD. So entsteht das SPD-Programm für die digitale Gesellschaft, das im Dezember 2015 dem Bundesparteitag zur Entscheidung vorgelegt wird.

Der Programmprozess gliedert sich in drei Phasen mit unterschiedlichen Veranstaltungen und Beteiligungsformen:

1. Einsammeln (September 2014 bis Januar 2015)
2. Debatte (Februar bis September 2015)
3. Entscheiden (September bis Dezember 2015)

Verantwortungsvolle Friedenspolitik

Nicht nur die Herausforderungen für die Gesellschaft von morgen, auch Verantwortung von heute war Thema auf dem Konvent: „Friedenspolitik in einer Zeit neuer Herausforderungen“. In ihrem Beschluss folgt die SPD zwei Grundsätzen: die Werte und Ziele vorausschauender Friedenspolitik mit Krisenprävention, Schutz der Menschenrechte, Armutsbekämpfung und Kooperation innerhalb der EU, NATO, OSZE und der Vereinten Nationen. Zum anderen will sie Abrüstung und Rüstungskontrolle als langfristiges Ziel weiter vorantreiben. In einer akuten Notsituation dürfe sich Politik aber auch nicht vor Einzelfallentscheidungen drücken, heißt es in dem Beschluss.

Parteikonvent bestätigt Gabriels TTIP-Kurs

Intensive Diskussionen gab es über das Vorgehen beim Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP). Mit großer Mehrheit hat sich der Konvent schließlich den Anforderungen an die Verhandlungen angeschlossen, die Wirtschaftsministerium und Deutscher Gewerkschaftsbund zuvor bereits gemeinsam formuliert hatten.

Damit ist klar: Absenkungen von Sozial-, Arbeits- und Verbraucherschutzstandards darf es nicht geben – und keine Schiedsgerichte, die nationale Gesetzgebung unterlaufen können. Die Einzelheiten diskutiert die SPD jetzt weiter – unter anderem auf einem großen Hearing im Februar.

→ Der Beschluss des Parteikonventes zum TTIP-Abkommen ist nachzulesen unter:
www.spd.de/linkableblob/123760/data/20140920_parteikonvent_beschluss_ttip.pdf

→ Der Beschluss „Friedenspolitik in einer Zeit der neuen Herausforderungen“ unter:
www.spd.de/scalableImageBlob/123758/data/20140920_parteikonvent_beschluss_friedenspolitik-data.pdf

→ Weitere Informationen zum Programmprozess #DigitalLEBEN unter www.digitalleben.spd.de

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Digitale Infrastruktur, Medien, Kultur, Luftverkehr

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter

Benedikt Dettling

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2014

Sitzungswochen sind die 3., 5., 7., 8., 11., 12., 14., 15., 19., 21., 23., 26., 27., 37., 39., 41., 42., 45., 46., 48., 49., und 51. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugiewicz,
Stefan Stader

BILDNACHWEIS

DBT/Renate Blanke: S. 2 o.;
SPD-Parteivorstand/Susie Knoll,
Florian Jeanicke: S.2 m., u.;
Chloe Frenzel priv.: S. 8 l.; Ulrike
Mühlenberg priv.: S. 8 r.;
Marcel Roethig priv.: S. 11;
SPD-Fraktion: S. 14, 15, 16, 17, 18,
19; Sonstige: Büro Dörmann

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK

[www.facebook.com/
martin.doermann](http://www.facebook.com/martin.doermann)

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

